Stadtentwicklung

Wie gewährleisten Sie, dass bei der Entwicklung neuer Gebiete sowie der Überplanung im Bestand auch Flächen für Handwerksbetriebe berücksichtigt werden, um eine Mischnutzung zu erhalten und bestehenden Betrieben zu ermöglichen, am bisherigen Standort zu bleiben?

Köln darf nicht nur Wohnraum planen, sondern muss Stadtentwicklung als Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Leben verstehen. Handwerksbetriebe gehören in die Veedel – nicht an den Stadtrand gedrängt. Handwerksbetriebe spielen eine Schlüsselrolle bei der Stadtentwicklung. Dies gilt traditionell für das Bau- und Ausbaugewerbe. Die Ausweisung von Gewerbeflächen muss daher endlich in allen Stadtbezirken bei der Stadtplanung berücksichtigt werden und im besten Fall wird das Bürokratiemonster Flächenvergabekatalog, das 2024 beschlossen wurde, sofort abgeschafft.

Wir wollen Handwerkerhöfe errichten, um dem Handwerk auch im urbanen Umfeld einen Raum zu geben. So können kleine Betriebe Synergien schaffen und das Handwerk wird für die städtische Bevölkerung sichtbar und erlebbar.

Wie werden Sie das Handwerk in Köln dabei unterstützen, geeignete Gewerbestandorte zu finden? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Nachverdichtung? Welche Ansätze verfolgen Sie speziell bei Grundstücken, die sich in städtischem Eigentum befinden?

Ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen sind die Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft in Köln. Für den Erhalt der Industriegebiete ist es wichtig, dass kein Wohnungsbau und keine soziale Infrastruktur in den Gebieten der vorgeschriebenen Abstandsflächen zugelassen werden.

Gerade in einer wachsenden Stadt ist es wichtig, bei Nachverdichtung Flächen für Handwerk zu sichern. Bei städtischen Grundstücken könnte eine Quote für Gewerbe nachdenken. Wir müssen auch prüfen, ob brachliegende Flächen für Handwerksbetriebe aktiviert werden können – statt sie jahrelang ungenutzt zu blockieren. Wir müssen die Möglichkeiten der Nachverdichtung für das Handwerk besser nutzen.

In der Vergangenheit hat man Wohngebiete getrennt von Industrie- und Gewerbegebieten angelegt. Dies war sinnvoll in Zeiten, als Industrie noch Umweltbelastung in Form von in heutiger Sicht übermäßigem Lärm und Luftverschmutzung bedeutete. Eine Folge davon ist aber bis heute die lange Zeit, die viele Menschen von ihrer Wohnung bis zum Arbeitsplatz zurücklegen. Steigende Mieten durch knappes Angebot in zentralen Lagen haben dieses Problem weiter verschärft. Es ist deshalb wichtig, dass in Zukunft Wohnen und Arbeiten immer zusammen gedacht werden. In neuen Stadtteilen und auf großen Entwicklungsflächen in der Stadt müssen immer Wohnraum und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das könnte auch eine Chance für neue Gewerbestandorte für das Handwerk bieten.

Verkehrspolitik

Wie stellen Sie sicher, dass Handwerksbetriebe trotz verkehrsberuhigender Maßnahmen, zunehmender Fahrradstraßen oder der zahlreichen Baustellen in Köln ihre Einsatzorte schnellstmöglich erreichen?

Eine funktionierende Stadt braucht ein funktionierendes Handwerk. Es bringt nichts, alle Straßen nur noch für Fahrräder freizugeben, wenn Handwerksbetriebe ihre Kundschaft nicht mehr erreichen. Deshalb fordern wir bei jeder Maßnahme eine klare Erreichbarkeitsprüfung für Liefer- und Serviceverkehre – das wird verbindlich im Planungsprozess verankert.

Überstürzte Verkehrsversuche wie auf der Deutzer Freiheit, die die wirtschaftliche Existenz von lokalem Gewerbe gefährdet, lehnen wir ab. Baustellen müssen besser koordiniert werden, damit Köln nicht weiter im Stau versinkt.

Welche Lösungen sehen Sie vor, um Handwerksfahrzeugen in der Innenstadt während ihres Arbeitseinsatzes ausreichend Parkraum in unmittelbarer Nähe bereitzustellen?

Wir brauchen endlich praktikable Handwerker-Parkzonen – mit Sondergenehmigungen, die auch wirklich gelten. Wer Leitungen repariert oder Fenster einbaut, kann nicht in dritter Reihe Strafzettel sammeln. Wir setzen uns dafür ein, Handwerksbetrieben Ausnahmegenehmigungen für Ladezonen zu erteilen, und neue Kurzparkzonen an Baustellen auszuweisen. Ohne Handwerk keine funktionierende Stadt!

Bürokratieabbau und Steuerpolitik

Welche Maßnahmen werden Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit ergreifen, um die Verwaltungsprozesse für Handwerksbetriebe in Köln zu vereinfachen?

Mein Ziel ist ein Digitales Rathaus, das wirklich funktioniert: weniger Formulare, klare Ansprechpartner, schnellere Genehmigungen. Baugenehmigungen, Sondernutzungen oder Genehmigungen für Außengastronomie – das darf keine Monate dauern. Die Verwaltung muss Unternehmen als Kunden verstehen. Ein Anliegen muss bearbeitet und ggf. intern weitergereicht statt zurückgewiesen werden (One-Stop-Shop). Dafür muss zunächst Transparenz über die Ansprechpartnerinnen und -partner bestehen. In einer digitalisierten Welt muss man online den Status eines Antrages einsehen können. Wir wollen in Köln Verwaltungsleistungen über das Internet (E-Government) schnell weiter ausbauen. Dazu gehören Online-Anträge, Online-Verfahren und Apps.

Wie werden Sie die heimischen Handwerksunternehmen im Bereich der Steuern und Abgaben entlasten, damit diese bspw. notwendigen Investitionen tätigen können?

Nur Unternehmen mit Gewinnen zahlen Steuern und können Menschen bezahlen, welche wiederum ihrerseits durch das, was sie kaufen, Steuereinnahmen generieren. Darum muss die Stadt alles dafür tun, dass die Unternehmen in den nächsten fünf Jahren mehr Geld zur Verfügung haben, um wieder stabil wirtschaften zu können. Die Gewerbesteuer muss stabil bleiben – eine Erhöhung ist mit uns nicht zu machen. Im Gegenteil: Wir prüfen, wo die Stadt selbst Kosten senken kann, um Unternehmen nicht noch mehr zu belasten. Außerdem wollen wir bei Gebühren und Abgaben Transparenz und Planbarkeit schaffen. Wer investiert, muss Planungssicherheit haben. Daher wollen wir in einem ersten Schritt eine Gewerbesteuersatz-Festschreibung auf fünf Jahre.

Wie positionieren Sie sich zu der geplanten kommunalen Verpackungssteuer?

Eine Verpackungssteuer als zusätzliche Belastung von Bürgerschaft und Unternehmen lehnen wir ab. Anstatt die Ursachen für Vermüllung anzugehen, wählten CDU und Grüne den bequemsten Weg: neue Steuern erheben. Und das obwohl eine Untersuchung der Uni Tübingen keinen messbaren Erfolg bei der Müllvermeidung feststellen konnte. Als wäre die zusätzliche Belastung nicht schon genug, wird die Verpackungssteuer auch ein unkontrollierbares Bürokratiemonster. Denn die Steuer muss durch Personal umgesetzt und kontrolliert werden – bezahlt von den Steuergeldern der Kölnerinnen und Kölner. Statt effizienter Verwaltung produziert die Stadt zusätzliche Kosten, die am Ende die vermeintlichen Einnahmen der Steuer wieder auffressen. So schafft man keine Entlastung, sondern ein teures bürokratisches Flickwerk.

Aus- und Fortbildung

Wie schaffen Sie gerade für junge Menschen bestmögliche Rahmenbedingungen, um Köln als Ausbildungsort für das Handwerk attraktiv zu machen?

Wir müssen jungen Menschen wieder Lust auf Handwerk machen. Dazu gehören moderne Berufsschulen, gute Erreichbarkeit mit Bus und Bahn, bezahlbarer Wohnraum für Azubis (wir fordern ein Azubi-Wohnheim ähnlich den Studierendenwohnheimen) – und vor allem eine echte Wertschätzung. Die Stadt muss stärker für Ausbildungsberufe werben, auch mit Kampagnen an Schulen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um zur Gleichwertigkeit der akademischen und der beruflichen Bildung beizutragen?

Wir müssen aufhören, alles auf Abi und Uni zu trimmen. Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master! Die Stadt kann als Vorbild vorangehen, indem sie selbst mehr ausbildet, Praktika vermittelt und Kooperationen mit Handwerksbetrieben unterstützt.

Was planen Sie zur Förderung und Modernisierung der gewerblichen Berufskollegs, um eine Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium anzustreben?

Die Berufskollegs in Köln sind gemessen an der Schülerzahl, zusammen mit den Grundschulen, die größte Schulform der Stadt. Dennoch fehlt es an einer klaren strategischen Ausrichtung der beruflichen Bildung, die für die Fachkräftesicherung der ansässigen Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist. Es mangelt an einer personellen oder zumindest inhaltlichen Zuständigkeit seitens der Stadt. Die Schulentwicklungsplanung 2023 erwähnt die Berufskollegs nicht, was die Bedeutung dieser Schulform weiter marginalisiert. Berufliche Bildung wird oft nur durch die Perspektive der allgemeinen Bildung betrachtet.

Die Ausstattung vieler Berufskollegs ist nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen eine Offensive zur Sanierung und Modernisierung. Digitalisierung, moderne Werkstätten und gute Lernumgebung – das macht die Ausbildung attraktiver und wettbewerbsfähig. Insgesamt müssen die Berufskollegs besser unterstützt werden, da Investitionen in die berufliche Bildung langfristig der Stadt zugutekommen, indem sie den Unternehmensstandort Köln stärken und damit die Gewerbesteuereinnahmen sichern. Nicht zuletzt leisten die Kölner Berufskollegs einen unermesslichen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen, indem sie diese in einer großen Anzahl internationaler Förderklassen beschult.